

Antrag A16: Ein Mahnmal für die Opfer des Sozialismus in M-V

Antragsteller*in:	KV Rostock
Status:	angenommen
Sachgebiet:	10. Sonstige

Die Freien Demokraten Mecklenburg-Vorpommern setzen sich dafür ein, dass in Schwerin, in unmittelbarer Nähe zum Landtag und zur Staatskanzlei, an einem geeigneten Standort ein Mahnmal geschaffen wird, das den Opfern der sozialistischen Unrechtsdiktatur gedenkt und – ähnlich dem Holocaust-Mahnmal in der Nähe des Reichstagsgebäudes in Berlin – als Erinnerung und Warnung dienen soll.

Die künstlerische Gestaltung des Mahnmals soll durch einen Gestaltungswettbewerb bestimmt werden. Dem Mahnmal soll eine Tafel beigefügt werden, welche das Unrecht des DDR-Staates aufbereitet und dem Gedenken an die Opfer der Diktatur gerecht wird.

Begründung

Die Geschichte der DDR endete vor ca. 30 Jahren mit dem Zusammenbruch dieses menschenverachtenden, diktatorischen Unrechtsstaats. Seitdem hat es kaum eine Aufarbeitung der historischen Ereignisse gegeben, geschweige denn, dass der Geschichtsunterricht diesen Teil der Geschichte als Schwerpunktthema behandelt.

Zum Teil finden sich im Land auch noch Denkmäler aus dieser Zeit, nicht zuletzt die Lenin-Statue im Großen Dreesch in Schwerin, die nach langer politischer Diskussion immerhin eine erklärende Tafel erhielt, die Einzelheiten aus dem mörderischen Wirken Lenins beinhaltet.

Auch die ehemalige DDR, auch Mecklenburg-Vorpommern kennt die Verbrechen des Sozialismus. Glücklicherweise ist die DDR von Gräueltaten, wie dem Holodomor, verschont geblieben. Aber auch auf dem Gebiet der DDR ist die Liste des begangenen Unrechts lang: Grundlose Inhaftierungen, Ausspionieren der Bevölkerung, Zersetzung, Errichtung der Mauer, den tödlichen Schüssen auf sog. Republikflüchtlinge oder auch Einsperren und Folter der Bürgerinnen und Bürger – wenn sie den Konformitätszwängen des Systems nicht nachkamen – sind nur ein Kurzüberblick über das, was auf dem Gebiet der DDR teilweise Alltag war.

Dass eine ausreichende Aufklärung über die Verbrechen, die im Sozialismus begangen wurden, nicht stattgefunden hat, belegen die Aussagen deutscher Ministerpräsidenten, wonach die DDR kein Unrechtsstaat gewesen sei. Geschichtliche Aufklärung ist zwingend erforderlich. Verständnis der eigenen Geschichte ist das einzig wirksame Mittel, die Wiederholung der Geschichte zu verhindern.

Es gibt teilweise geschichtliche Aufklärung, etwa in der Dokumentations- und Gedenkstätte der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock oder dem Grenzturm in Kühlungsborn. Hierbei handelt es sich aber um Stätten, die abseits vom politischen Betrieb liegen und die zudem sehr spezielle und technische Gebiete des DDR-Unrechts

betreffen. Ein Mahnmal, das die Gesamtheit des Unrechts des Sozialismus auf deutschem Boden abdeckt, existiert bisher nicht. Eines solchen Mahnmals – in unmittelbarer Nähe zum politischen Entscheidungsprozess als Erinnerung und Mahnung – bedarf es in Mecklenburg-Vorpommern aber, weil der Sozialismus ein wichtiger Bestandteil unserer Geschichte ist, der sich nicht wiederholen darf.